

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel, Stefan Wenzel und Christian Meyer (GRÜNE)

„Niedersachsen Zwangsumstieg von Linux auf Windows“ - „Basta-Politik“ in Niedersachsen?

Anfrage der Abgeordneten Detlev Schulz-Hendel, Stefan Wenzel und Christian Meyer (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 10.08.2018

Laut Medienberichten soll die niedersächsische Finanzverwaltung ihre rund 12 000 PCs in den kommenden Jahren von Linux auf Windows umstellen (c't 17/2018). Die Umstellung folgt damit einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Großen Koalition (S. 134): „Wir werden den in Niedersachsen bislang Linux-basierten Verfahrensbetrieb aufgeben.“ Vorgesehen ist, dass die Umstellung in 2019 beginnt und vorerst rund 6 Millionen Euro kosten wird. Das Niedersächsische Finanzministerium soll angegeben haben, dass der Etat in den folgenden Jahren auf 7 Millionen Euro pro Jahr steigen würde. Ein Ende der Umstellung und Finanzierung sei nicht abzusehen. Von einer Anforderungsanalyse mit einer Mitarbeiterbeteiligung ist mit Blick auf die Umstellung auf Windows nichts bekannt; das betroffene Finanzministerium selbst soll überrascht worden sein. Das Computermagazin c't vermutet, dass die Landesregierung die Arbeit mit Linux nicht beendet, weil es etwa zu teuer geworden wäre oder aus anderen sachlichen Gründen, sondern weil die Große Koalition die Umstellung auf Windows politisch durchsetzen will.

1. In welcher Weise und mit welchen Ergebnissen und aufgrund welcher Kriterien hat die Landesregierung geprüft, ob die Umstellung der Software in den niedersächsischen Finanzämtern von Linux auf Windows zeitgemäß und im Vergleich zu anderen Lösungen günstiger ist?
2. Gab es eine konkrete Anforderungsanalyse unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern, und wurden Zielsetzungen bzw. Systemanalysen durchgeführt und, wenn ja, in welchem Umfang?
3. Wann ist durch wen die Entscheidung, auf Windows umzustellen, im Finanzministerium getroffen worden?
4. Aus welchen anderen sachlichen Gründen hat die Landesregierung entschieden, die Umstellung auf Windows vorzunehmen?
5. Über welchen Zeitraum werden welche Kosten aufgrund der Umstellung von Linux auf Windows anfallen?
6. Wie viele Millionen Euro werden die nötigen Windows-Lizenzen kosten?
7. Wie viel Kosten verursachen die bislang eingesetzten Linux-Clients, und wie groß ist der Anteil an Lizenz-Kosten an den Gesamtkosten?
8. Mit welchen konkreten Einsparungen ist aufgrund der Umstellung auf Windows zu rechnen?
9. Sollte keine Voruntersuchungen stattgefunden haben und keine entsprechenden Ergebnisse vorliegen, aus welchen Gründen hat die Landesregierung auf derartige Planungen verzichtet?
10. In welcher Weise war das Finanzministerium bei der Entscheidung, auf Windows umzustellen, eingebunden?
11. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass im Koalitionsvertrag der Großen Koalition keine Überprüfung der bisherigen Lösung vorgesehen ist und stattdessen gleich die Abschaffung von Linux?
12. Welche Alternativen wären denkbar bzw. wurden geprüft?

13. Wie viele Wettbewerber bieten vergleichbare Leistungen für Basissoftware und spezielle Steueranwendungen an?
14. Um welche Anbieter handelt es sich jeweils?
15. Muss damit gerechnet werden, dass bei künftigen Ausschreibungen nur noch auf Microsoft-Produkte zurückgegriffen werden kann?
16. Mit welchen Mehrkosten ist bei Ausschreibungen für neue Software, Updates und Serviceleistungen in einem verengten oder monopolisierten Markt zu rechnen?
17. Welche anderen Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung können aufgrund der hohen Investitionskosten in die Umstellung auf Windows nicht finanziert werden?

(Verteilt am 30.08.2018)